

Das soziale Mammut

Ein Plädoyer für die Sozialdeindustrialisierung

Roland Baader schrieb in seinem Buch [„totgedacht“, 1. Auflage, 2002](#) auf Seite 143, in Deutschland würden ein Drittel des Sozialproduktes für soziale Hilfen ausgegeben. Würden diese finanziellen Mittel einfach an die bedürftigen Menschen ausgezahlt, hätten diese ein mehr als ausreichendes Einkommen von 300.000 Mark pro Jahr. Roland Baader geht dabei davon aus, dass in der BRD ca. jeder 20. Einwohner bedürftig sei. Die Realität sehe natürlich anders aus. Bevor die Armen Geld und Hilfe sehen, müssten natürlich noch diverse Bürokraten, Sozialarbeiter, Verbandsvertreter etc. versorgt werden. Sie alle stünden in der Schlange und wollten auch versorgt werden.

Diese Aussagen machten mich sehr neugierig und ich begann danach zu forschen, inwieweit sie zutreffen. Bei meinen Recherchen kam ich zu folgenden Erkenntnissen:

[Laut Sozialbericht der Bundesregierung wurden im Jahr 2009 754 Milliarden € von Staat, Ländern und Kommunen für soziale Hilfen und Dienste ausgegeben.](#)

[153 Milliarden € gab nur der Bund 2010 für Soziales aus.](#)

[Das BIP in Deutschland lag 2009 bei 2,39 Billionen €.](#)

Man kann also getrost davon ausgehen, dass jährlich ein knappes Drittel aller erwirtschafteten Geldmittel in die Fürsorge gegenüber den bedürftigen Bürgern fließt. Na gut, vielleicht ist dies auch notwendig. Vielleicht klafft die Schere zwischen Arm und Reich mittlerweile so weit auseinander, dass es wirklich nur noch ein Hopp oder ein Topp gibt.

Doch natürlich gibt es auf der Aktivseite der bundesstaatlichen Bilanz auch Zahlen über die Empfänger dieser Gelder.

[Laut Spiegel leben 11.500.000 Menschen in Deutschland in Armut.](#)

[1.000.000 Menschen leben nach Angaben von Springer Tafel e.V. von Hilfen der Lebensmittelausgaben der Tafeln.](#)

[510.000 Rentner sind momentan bedürftig und erhalten Zuschüsse der Grundsicherung nach dem SGB XII.](#)

[Weitere 306.000 nicht erwerbsfähige Menschen erhalten die Grundsicherung nach dem SGB XII.](#)

[6.700.000 Menschen erhielten im April 2010 Leistungen nach dem SGB II.](#)

[1.069.000 Menschen erhalten zur Zeit Arbeitslosengeld I.](#)

Zunächst fällt auf, dass es anscheinend keinen Journalisten und keinen Vertreter des Staates gibt, der diese Zahlen einmal seriös zusammenrechnen kann. Eine einfache Addition hilft hier nicht weiter, da Bedürftige oft von mehreren Seiten Gelder und soziale Dienstleistungen erhalten (z.B. Grundsicherung nach dem SGB II plus Eingliederungshilfen nach dem SGB XII). Ihre tatsächliche Anzahl veranschlage ich daher niedriger als die plumpe Summe aller oben gelisteten Hilfeempfänger. Jedoch gehe ich von gut 10 Millionen bedürftigen Erwachsenen und Kindern in Deutschland aus.

Nun gut. Es folgt die alles entscheidende Rechenoperation:

754 Milliarden € werden auf 10 Millionen Menschen verteilt. Dies ergibt eine jährliche öffentlich-rechtliche Investition von 75.400 € pro Kopf. Würde man dieses Geld einfach als monatliche Auszahlung an die Hilfeempfänger überweisen, erhielten sie **jeweils ein stattliches Monatssalär von 6.200 €** - und das natürlich steuer- und abgabenfrei. Meine Zahlen sind nicht so hoch wie die des sehr geschätzten Roland Baader. Aber ich denke, mit 6.200 € pro Monat sollte es sich fürstlich leben lassen. Auch mit zwei Hochschulabschlüssen komme ich nicht im Entferntesten an ein solches Einkommen.

Doch warum zahlt man das Geld nicht auf diesem Wege direkt an die Menschen ?

Ich bin selbst im sozialen Bereich beruflich engagiert. Daher habe ich auch schon mit Kollegen über dieses hier natürlich sehr brisante Thema gesprochen. Viele sagten, Geld sei nicht alles. Und wenn man jedem Bedürftigen lediglich eine vierstellige Summe im Monat zahlen würde, löse dies noch lange nicht alle Probleme, die viele dieser Menschen haben.

Dies mag in vielen Fällen stimmen. Zahlreiche Fälle, in denen Väter und Mütter schon zu Anfang des Monats die staatlichen Almosen lieber in alkoholhaltige Getränke statt in die Gesundheit und Zukunft ihrer Kinder investieren, sind nicht nur das Geschwätz an Stammtischen.

Gehen wir also einfach mal davon aus, dass jeder Bedürftige auch einen Sozialarbeiter benötigt, damit er seine monatliche Auszahlung sinnvoll investiert und seine Alltagsangelegenheiten bewältigt. Ein solcher Sozialarbeiter müsste natürlich auch vom Staat ernährt werden. Auf Grundlage meiner beruflichen Erfahrung denke ich, dass ein Sozialarbeiter sich sehr gut um 10 Klienten kümmern kann. Nach Adam Riese bedeutet dies, dass neben 10 Millionen Hilfebedürftigen Menschen auch 1 Million Sozialarbeiter finanziert werden müssten. Wir kommen also summa summarum auf 11 Millionen Bezieher von sozial orientierten Geldleistungen des Staates, wodurch sich unsere Rechnung ein wenig ändert:

754 Milliarden € werden auf 11 Millionen Menschen verteilt. Dies ergibt eine jährliche öffentlich-rechtliche Investition von 68.545 € pro Kopf. Würde man dieses Geld einfach als monatliche Auszahlung an die Menschen überweisen, erhielten sie jeweils ein stattliches Monatssalär von 5.700 €. Ich denke, auch mit 5.700 € pro Monat sollte es sich sehr gut Leben lassen.

Aus meinem ganz subjektiven Verständnis heraus denke ich, dass 1.000 € pro Monat und Bürger genügen, um die wichtigsten Grundbedürfnisse zu befriedigen. Wenn ein Sozialarbeiter 2.500 € pro Monat für eine Vollzeitstelle erhält, kann er sich auch nicht beklagen. Geht man von diesen Zahlen aus, **könnte man die jährlichen Sozialtransfers von Bund, Ländern und Kommunen auf 150 Milliarden € begrenzen**. Dies würde eine Reduzierung der öffentlichen Leistungen um gute 600 Milliarden € bzw. um fast 80 % bedeuten.

Natürlich ist dies nur eine sehr einfache Rechnung. Vielleicht reicht in manchen Fällen nicht ein Sozialarbeiter um die vielen Facetten individueller Problemlagen zu erfassen und zu bearbeiten. Oft müssen natürlich auch oft noch Pflege, medizinische Hilfen etc. geleistet werden. Vielleicht sind auch betreuende Einrichtungen oder Verbände wirklich nötig.

Auf der anderen Seite könnte man den bedürftigen Menschen aber auch weitaus mehr als 1.000 € auszahlen und sie dadurch befähigen, notwendige soziale, medizinische und ähnliche Dienstleistungen privat einzukaufen. Dadurch würde auch in diesen Bereichen endlich eine wirkliche Wettbewerbssituation entstehen. Preise würden fallen und der Staat müsste vielleicht auch weniger als 150 Milliarden € pro Jahr für Soziales ausgeben.

Dies alles kann man nicht einschätzen. Keine Volkszählung, kein Zensus, keine Datensammlung der Behörden kann hier verlässliche Daten und Zahlen hervorbringen.

Die entscheidende Frage ist allerdings vielmehr eine ganz andere. Es geht nicht darum, ob 150 Milliarden € pro Jahr wirklich ausreichen, sondern es geht darum, was mit den 600 Milliarden € passiert, die derzeit zu viel bezahlt werden. Wo geht dieses riesige Kuchenstück hin, von dem die Hilfebürftigen anscheinend keinen Krümel bekommen ?

Auch wenn meine Zahlen und Rechenergebnisse andere sind, liegt Roland Baader eindeutig richtig, wenn er die gewaltige Industrialisierung der sozialen Hilfen kritisiert. Hier scheint es einen enormen Rattenschwanz von Angestellten und Beamten zu geben, die auf Kosten der Öffentlichkeit leben, ohne dass sie es schaffen, ihren Auftrag der Reduzierung allgemeiner Hilfebedürftigkeit zu erfüllen. Verwaltungen in Behörden und sozialen Einrichtungen, zahlreiche Arbeitsbereiche und Unterabteilungen, die natürlich immer auch eigene Bosse, Sekretärinnen, Verwaltungsfachleute et cetera benötigen, diverse zwischengeschaltete Büros und Einrichtungen in karitativen Vereinen und

Verbänden, die so rein gar nichts mit praktischer sozialer Arbeit zu tun haben, immer neue Qualitätskriterien, die ellenlange neue Konzepte und Fortbildungsmöglichkeiten provozieren, usw. usf. verschlingen große Summen öffentlicher Gelder, ohne dass ihre praktische Relevanz in Bezug auf das eigentliche Ziel karitativen Engagements nachweisbar wäre. Eine stetige Erweiterung der Sozialgesetzbücher zwingt Sozialarbeiter, sich immer wieder fortzubilden. Mittlerweile entstehen bundesweit zahlreiche Firmen, die sich einzig und allein dem Ziel verschrieben haben, Umsatz durch Fortbildungsangebote zu generieren. **Wie in jedem öffentlich finanzierten Lebensbereich wächst hier eine Industrie heran, die vorzüglich von Steuern und Schulden lebt und nicht im entferntesten daran denkt, ihre Pfründe gegen Wettbewerb einzutauschen.** Letzten Endes zahlt sowieso alles der Bürger – ob im Hier und Jetzt durch Steuern oder in der Zukunft durch Schuldverschreibungen.

Andere adäquate Erklärungen sehe ich nicht. Ein Hartz IV-Bezieher erhält de facto nicht mehr als maximal 1.000 € im Monat (inkl. Miete, Heizung etc.). Selbst wenn jeder der 10 Millionen Hilfebedürftigen monatlich 1.000 € bekommen würde, würde dies die öffentliche Hand nur mit 120 Milliarden € im Jahr belasten. 600 Milliarden € werden pro Jahr von einem sozialen Mammut gefressen, das seinen Auftrag anscheinend nicht erfüllt, denn die Zahl der Hilfebedürftigen sinkt keinesfalls.

Es ist also höchste Zeit, das Mammut zu erlegen und den notwendigen Bereich der sozialen Hilfe zu deindustrialisieren. Denn weniger wäre hier sehr viel mehr.



Henning Lindhoff, M.A. "Counselling and Social Advocacy", Jahrgang 1982, lebt in Köln und ist von Beruf Sonderpädagoge. Er recherchiert seit März 2007 intensiv zu den Themen Geldsystem, Wirtschaft und Elitenpolitik. Seine Aufsätze wurden bislang auf verschiedenen Websites mit ökonomischem und politischem Themenschwerpunkt veröffentlicht. Sein erstes Buch zum Thema Betreuungsrecht erschien im Februar 2011. Er ist online erreichbar unter <http://about.me/lindhoff> und h.lindhoff@t-online.de.